

Erste Vereinbarung Bonn — Moskau

Deutsch-sowjetisches Handelsabkommen für drei Jahre

Moskau (AP/DPA). Bei den deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau ist der Abschluß eines dreijährigen Handelsabkommens vereinbart worden, dessen Einzelheiten noch ausgearbeitet werden müssen. Wie von sowjetischen Regierungsvertretern gleichzeitig verlautete, hat die Sowjetunion die deutschen Repatriierungswünsche in allgemeiner Form beantwortet.

Die deutschen und sowjetischen Handelsexperten konferierten in der vergangenen Woche fünfmal und einigten sich, wie aus amtlichen Kreisen verlautet, grundsätzlich über den Abschluß des Zahlungs- und Warenabkommens für die Zeit von 1958 bis 1960. Außerdem sollen Verhandlungen über ein Protokoll zur Regelung der juristischen und technischen Fragen des Handelsabkommens

im Gange sein. Der Errichtung einer ständigen sowjetischen Handelsvertretung hat man deutscherseits zugestimmt.

Ein deutscher Sprecher erklärte, die Verhandlungen gingen in allen drei Ausschüssen (Handel, Repatriierung, Konsularrechte) weiter. Die Fortschritte, die in den einzelnen Ausschüssen erzielt würden, seien allerdings verschieden,

Keine US-Waffen für Belgrad

Folgen der Anerkennung der „DDR“

Washington / Belgrad (AP/DPA). Die amerikanische Regierung hat beschlossen, die militärische Auslandshilfe an Jugoslawien einzustellen. Dies verlautet aus amtlichen Kreisen Washingtons, nachdem der jugoslawische Staatschef am vergangenen Sonntag dem US-Botschafter in Belgrad bereits mitgeteilt hatte, daß er sowohl eine völlig unabhängige Außenpolitik zu verfolgen beabsichtige wie auch, daß er die bisherigen „Überprüfungen“ der amerikanischen Rüstungsunterstützungen als „demütigend“ empfinde. Gleichzeitig wurde dem amerikanischen Botschafter Riddleberger versichert, daß Jugoslawien nach wie vor an der Fortsetzung der amerikanischen Wirtschaftshilfe in Höhe von rund 400 Millionen

D-Mark unverändert interessiert sei. Der amerikanische Botschafter hat die Überprüfung der Rüstungshilfe mit der Bestürzung und Enttäuschung in den USA begründet, die durch die jugoslawische diplomatische Anerkennung der „DDR“ entstanden ist.

Gleichzeitig hatte die Kommunistische Partei in Jugoslawien die Haltung ihrer Delegation anlässlich der Vierzigjahrfeiern der bolschewistischen Revolution in Moskau mit dem Hinweis erklärt, daß sie die Resolution der zwölf kommunistischen Parteien deshalb nicht unterzeichnen konnte, weil diese „Auffassungen und Einschätzungen enthielt, die der Ansicht Jugoslawiens widersprachen und für unrichtig gehalten wurden“.

Forschungsbeirat tagte

Berlin (DPA). Bundesminister Lemmer, Bundesbevollmächtigter Dr. Vockel und der Staatssekretär für Gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, beteiligten sich an einer Tagung des Forschungsbeirates beim Gesamtdeutschen Ministerium im Bundeshaus. Der Präsident des Forschungsbeirates, Ministerialdirektor a. D. Dr. Ernst, wies darauf hin, daß Berlin wegen des Schicksals dieser Stadt und der Auswirkungen auf die Sowjetzone Hauptsitz der Arbeit des Forschungsbeirates sei und bleiben solle. Bundesminister Lemmer äußerte nach einer Mitteilung aus dem Bundeshaus den Wunsch, daß die ausgezeichnete Sachverständigenarbeit des Forschungsbeirates für die Wiedervereinigung durch eine glückliche und erfolgreiche Politik bald realisiert werde.

4 Raketenbasen in England

New York (AP). Die USA und Großbritannien haben nach einem Bericht der „New York Times“ beschlossen, in Großbritannien vier Abschußbasen für Mittelstreckenraketen zu errichten. Drei der Stützpunkte sollen von Großbritannien und der vierte von den USA unterhalten werden. Die Baukosten, die zum größten Teil von Großbritannien aufgebracht werden sollen, werden auf 84 Mill. Dollar (etwa 353 Mill. DM) geschätzt.

Nach dem gleichen Bericht wollen die USA bis Ende 1958 die erste Raketen Einheit in Großbritannien mit den nötigen Waffen ausrüsten. Dies entspricht einer Ankündigung des amerikanischen Verteidigungsministers McElroy.

Gescheitert . . .

DT. Die sachlichste Reaktion auf den schon beim Start explodierten ersten Erdsatelliten der Vereinigten Staaten zeigte Nikita Chruschtschow, als er kommentierte: früher oder später werde es bestimmt auch den amerikanischen Satelliten geben. Solche Einsicht des sowjetischen Parteichefs steht in einem deutlichen Gegensatz zu den nervösen Erwartungen, Hoffnungen und Enttäuschungen, die in großen Teilen der westlichen Welt an das Auftreten der Vanguard-Rakete geknüpft worden sind. Ein Theaterdonner von Vorbereitungs-meldungen über den Start von Canaveral jagte durch die Nachrichtenagenturen und Zeitungen, als handle es sich bei dem geplanten Start um das Ereignis, das nun jedem man im Westen erst wieder atmen lassen werde.

Die sowjetischen Sputniks kreisen seit Wochen im Weltraum, und dieser Vorsprung der wissenschaftlich-technischen Macht der Sowjetunion hat die Hirne im Westen mit Recht fasziniert. Aber daraus hat sich die völlig abwegige Philosophie entwickelt, daß erst der gegnerische, also der amerikanische Erdsatellit am Himmel der Welt die nicht-sowjetischen Völker wieder werde schlafen lassen. Deshalb drückte die öffentliche Meinung auf das Tempo der amerikanischen Raketenproduktion. Und weil zu den angenehmen Tugenden der Demokratie auch die Beredsamkeit gehört — selbst wenn sie bisweilen in Geschwätzigkeit ausartet —, mußten wir alle Zeugen des peinlichen Startfiebers werden, das dem ohnedies von der amerikanischen Marine sehr viel kleiner konstruierten Satelliten die Geburt so sehr erschwerte. Nun ist er geplatzt. Und was an sich ein jeder wissenschaftlichen Erfindung anhängendes Mißgeschick ist, erhöht sich im Sog der politisch-militärischen Erwartungen und der Angstzustände der Welt zu einem Debakel, das die eigene westliche Unterlegenheit noch mehr herabmindern will.

*

Der gegenwärtige Herr der Sowjets aber, dem in den ver-

gangenen Wochen der Triumph aus allen Poren leuchtete, bläst gewiß nicht nur aus Höflichkeit in die allgemeine Stimmungsbaisse im Westen sein realistisches Urteil: die Amerikaner werden schon kommen . . . Aber eben die Bestürzten im Westen selbst brauchen diese Zuversicht tatsächlich viel mehr als die im Gefühl der Macht operierenden Sowjets. Das Begreifen, daß ein gescheitertes wissenschaftliches Experiment nicht eine verlorene politisch-militärische Schlacht bedeutet, müßte nun als erste Erkenntnis sich vom Strande von Canaveral erheben. Und etwas anderes sollte sich dieser melancholischen Betrachtung anschließen: die Einsicht nämlich, daß die Raketenpolitik überhaupt nicht der erste politische Faktor ist, mit dem und durch den man den Sowjets tatkräftig begegnet. Zur Pariser NATO-Konferenz werden nun die Regierungschefs im Zeichen des gescheiterten Satelliten ziehen. Wer es mit der großen Notwendigkeit und Nützlichkeit der westlichen Allianz ernst meint, wird darin sogar ein Element konstruktiver Politik für die nächste Zukunft erkennen. Die atlantische Konferenz, an die sich vor einigen Wochen so hochgespannte Erwartungen knüpften, als sie die Initiative des Generalsekretärs Spaak aus der müden lethargie des Westens erhob, schien im Laufe der letzten Wochen durch zunehmende Mißbeliglichkeiten, Mißverständnisse und Zwiespältigkeiten im westlichen Lager schon im voraus um einen Erfolg geprellt zu werden.

Die Aussichten für Paris, das in acht Tagen die so krisen-umwitterte Konferenz aufnimmt, sind durch das Versagen der amerikanischen Techniker keineswegs schlechter geworden. Man müßte meinen, daß sich sogar jetzt die Gesprächsstoffe notwendig mehr auf die schwerwiegenden Probleme der atlantischen Gemeinschaft konzentrieren müßten. Die sowjetische Sputnik-Politik drohte die atlantischen Partner mehr und mehr zu Spezialisten einer internationalen Raketen-Industrie zu machen. Die bessere, weittragendere, stärker wirksame Rakete schien bei den führenden Zirkeln der westlichen Diplomatie das A und O der politischen und militäri-

schen Überlegenheits-Strategie zu werden. Das meiste der vorbereitenden Besprechungen, Reisen und politischen Blitzgeschäfte, das der westlichen Gipfelschau vorangegangen ist, bewegte sich zwangsweise auf einem technisch-militärischen Sektor. So kam es, daß sich statt der gemeinsamen politischen Aufgaben, die man anstrebte, die Sonderkonferenzen in Washington, London, Paris und Rom alle viel mehr als dem Gegenstand, den verschiedenen Ausgangspunkten und den sehr verschiedenen Forderungen der einzelnen Länder innerhalb der atlantischen Gemeinschaft widmeten. Diese deutsch-britischen, englisch-französischen, amerikanisch-deutschen Sonderforderungen und Widersätzlichkeiten beherrschten inzwischen so sehr das Vorfeld der großen Konferenz, daß immer mehr der Anlaß bei diesen Vorbereitungen in Vergessenheit geriet: endlich eine politische Aktionsbasis gegenüber dem auf allen Gebieten vormarschierenden Sowjetismus zu schaffen.

Richard Nixon, der mit Eisenhowers Erkrankung wieder stärker ins politische Aktionsfeld getretene amerikanische Vizepräsident, hat sehr nützlich darauf hingewiesen, daß die militärischen Anstrengungen zur Sicherheit Amerikas und der ganzen freien Welt nur eine Seite und nicht einmal die wichtigste seien. Die Gefahr liege nicht so sehr auf dem Gebiet der interkontinentalen Raketen als viel eher in der Rivalität auf den Gebieten des politischen Schaffens. Nixon sprach von einem Weltkonflikt, der mit vielen Gesichtern — politisch, wirtschaftlich und psychologisch — ausgetragen werde und die ganze Entschlossenheit und Zielstrebigkeit des Westens jetzt brauche. Das eben ist ein Dringlichkeitsprogramm für die atlantische Gemeinschaft. Von der vielberedeten politischen Handlungsbereitschaft des Westens müßte bei den Pariser Beratungen erst einmal etwas mehr sichtbar werden. Die NATO ist natürlich eine Organisation der Verteidigung. Aber man würde sie zu einem militärischen Spezialorganismus entwerten, wenn man sie zum De-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Das Programm der NATO-Konferenz

Regierungschefs besprechen Koordinierung

Bonn (Eigenmeldung). Im Mittelpunkt der Konferenz der NATO-Regierungschefs, die am Wochenende in Paris beginnt, wird eine freie Aussprache über die augenblicklichen Weltprobleme stehen. Verschiedene Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, haben der Organisation des Atlantikpakts schon schriftliche Unterlagen über die Fragen zugeleitet, die sie dabei zur Sprache bringen wollen. Bundeskanzler Dr. Adenauer ist, wie am Montag erklärt wurde, trotz seiner gerade erst überwundenen Krankheit entschlossen, am Sonnabend nach Paris zu fahren. Er wird unter anderem von Vizekanzler Prof. Erhard, Bundesaußenminister Dr. von Brentano und Bundesverteidigungsminister Strauß begleitet werden.

Als Hauptergebnis der Konferenz erwartet man in Bonn die Anerkennung der Notwendigkeit, in der Außenpolitik enger zusammenzuarbeiten. Nach Ansicht der Bundesregierung sollte außerdem ausdrücklich die Führungsrolle der Vereinigten Staaten in der westlichen Welt hervorgehoben werden. Die Bundesregierung hat, wie man hört, eigene Vorschläge zur Verbesserung der politischen Zusammenarbeit vorgelegt, die dem Generalsekretär des Atlantikrats (zur Zeit der früheren belgische Außenminister Spaak) größere Vollmachten geben und es dem ständigen Atlantikrat erlauben, jederzeit jede außenpolitische Frage zu erörtern, die von allgemeinerem Interesse ist. Von dieser Regel soll es nur eine Ausnahme geben: wegen ihrer weltweiten Verpflichtungen sollen die USA auch in Zukunft

nicht gezwungen sein, über alle ihre außenpolitischen Pläne Auskunft zu geben und sie im Atlantikrat zur Diskussion zu stellen.

Auch militärische Fragen

In Paris werden außerdem Vorschläge für eine westliche Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Forschung und der Produktion sowie bei der Förderung der unterentwickelten Gebiete erörtert werden.

Obwohl bisher bei der Vorbereitung der Pariser Konferenz von militärischen Fragen

wenig die Rede war, besteht Grund zu der Annahme, daß auch solche Probleme ausgiebig zur Sprache kommen. Ein offizieller Sprecher versicherte am Montag in Bonn noch einmal, daß in Paris keine Entscheidungen über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen oder über die Errichtung von Abschußbasen für amerikanische Mittelstrecken-Raketen getroffen werden sollen. An dieser Erklärung zu zweifeln, besteht kein Anlaß. Aber das Problem der künftigen Verteidigung Europas, das durch den sowjetischen Raketenvorsprung in ein neues Licht gerückt worden ist, wird mit Sicherheit eine große Rolle spielen, und dieses Problem kann nicht ohne Einbeziehung von Atom- und Raketenwaffen erörtert werden. Als Hauptrichtung der Gedanken in maßgebenden Bonner Regierungskreisen ist dabei festzustellen, daß man es für notwendig hält, auf jeden Fall amerikanische Truppen im Bundesgebiet zu behalten, denen man dann auch nicht gut die modernsten Waffen versagen kann.

Kampagne gegen Abwerbung

Pankow beschuldigt nicht nur Bonn, sondern auch Paris

Berlin (AP/DPA). Auf einer Pressekonferenz in Ostberlin beschuldigten Vertreter der kommunistischen Nationalen Front die Bundesregierung und die französische Regierung der „Abwerbung“ von Jugendlichen aus der sogenannten DDR. Frankreich wurde insbesondere vorgeworfen, Kräfte für seine Fremdenlegion aus der Sowjetzone zu holen.

Gleichzeitig wird aus Ostberlin bekannt, daß die Sowjetzonen-Volkskammer eine Strafrechts-Novelle verabschieden will, die „die verschiedenen Formen der Verbrechen gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR“ näher definieren soll. Nach einem Artikel der Zeitschrift „Neue Justiz“ sollen an Stelle des bisher für derartige Verbrechen zitierten Artikels 6 der Zonenverfassung nunmehr stärker abgegrenzte Formulierungen wie „Staatsverrat, Spionage, Terrorismus, Sabotage, Diversion und Ab-

werbung von Einwohnern der DDR“ verwendet werden.

In diesem Zusammenhang rechnet man in Bonn mit einer weiteren Verschärfung der Pankower Maßnahmen gegen die sogenannte Republikflucht. Wie von unterrichteter Seite verlautet, sind in der Zone Tendenzen vorhanden, das von den Flüchtlingen zurückgelassene Eigentum sofort zu beschlagnehmen und den Wohnraum innerhalb von 24 Stunden nach Bekanntwerden der Flucht zur Neuvermietung freizugehen.

Indonesien-Handel über Hamburg

Djakarta (AP). Der Vorsitzende der indonesischen Industrie- und Handelskammer in Djakarta, Subehan, ist nach Hamburg abgereist, wo er mit der Stadtverwaltung und Wirtschaft über eine Verlegung des gesamten indonesischen Exportmarktes nach Hamburg verhandeln will.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Kesseltreiben gegen die Kirche

DT. Müssen sich die Kirchen in der sogenannten DDR auf einen massiven Kirchenkampf gefaßt machen? Die Frage ist berechtigt, doch sollte sie nicht vorschnell mit einem Ja beantwortet werden. Unzweifelhaft hat die Taktik der SED zum Beispiel der evangelischen Kirche gegenüber gewechselt. Sie ist anders geartet als etwa in den noch unvergessenen Maßnahmen gegenüber der Jungen Gemeinde des für die Zonenbevölkerung so schicksalreichen Jahres 1953. Heute werden einzelne kirchliche Amtsträger und Persönlichkeiten herausgesucht, gegen die man als angebliche politische oder kriminelle Verbrecher die Bevölkerung mobil zu machen versucht.

Wer sich der Mühe unterzieht, dieser Propagandawelle auf den Grund zu kommen, wird sehr bald bemerken, daß die evangelische Kirche schlecht beraten wäre, wenn sie ihre Abwehrstellung auf die einfache Formel „Kirchenkampf“ brächte. Was man in Pankow wünscht, ist die innere Trennung der Christen in der Sowjetzone von ihren Kirchenleitungen sowohl in Westberlin wie auch in der sogenannten DDR selbst. Indem man vorgibt, nur politische oder kriminelle Verstöße von Männern der Kirche zu verfolgen und zu diffamieren, andererseits aber das christliche Bekenntnis unangestastet zu lassen, soll die Spaltung Deutschlands durch die Spaltung der Kirche und die nochmalige Spaltung der Kirche in der Sowjetzone zwischen „gutwilligen“ und „verstockten“ Christen zu einer allgemeinen Verwirrung der Geister gesteigert werden.

In einer der letzten Ausgabe des „Neuen Deutschland“ liest man im ersten Leitartikel den Satz: „Eine Phalanx aus Leuten wie Schmutzler und Stephan, zu der auch der gegen Sukarno vorgeschickte Mordgeselle gehört und in die sich leider einige Kirchenführer einreihen...“ Das ist die vergiftende Methode, durch die durchschnittliche Zeitungsläser irreführt werden sollen, indem man ohne Rücksicht auf jeden Zusammenhang und jeden Wahrheitsgehalt den Stu-

dentenfarrer Schmutzler und den Agenten Stephan, dessen Prozeß in Westberlin jüngst abgerollt ist, wie auch einen bisher völlig ungeklärten Attentatsversuch auf den indonesischen Staatspräsidenten mit dem Verhalten evangelischer Kirchenführer gleichschaltet. Ein wenig später wird dann gegen die gegenwärtig in Weissensee tagende Synode der Evangelischen Kirche der Union der Vorwurf erhoben, sie habe versucht, den „NATO-Agenten im Priestergewande“ Schmutzler wie auch die „kriminellen Währungsspekulanten und Schieber“ Grünbaum und Klewitz aus Magdeburg zu verteidigen. Damit soll diese kirchliche Versammlung, die den Mut hat, sich nicht nur zur Wahrheit des Glaubens, sondern auch zur Wahrheit in den öffentlichen Angelegenheiten der sogenannten DDR zu bekennen, unter Druck gesetzt werden. Verteidigt sie nicht kriminelle Verbrecher und politische Attentäter? „Warum fand sie“, so heißt es im „Neuen Deutschland“ weiter, „kein Wort der Verurteilung für die massierten Versuche einiger Kirchenführer (sprich Dibelius), die Kirche in den Dienst der NATO zu stellen?“

In Wirklichkeit geht es den SED-Machthabern gar nicht um diese politisch getarnte Propa-

ganda. Sie meinen, wollen und wünschen den von ihnen zu ihrem Leidwesen noch immer nicht in Mitteldeutschland durchgesetzten Weltanschauungsstaat. Um das zu erfahren, genügt es, nur zwei Seiten weiter im „Deuten Deutschland“ zu blättern und den triumphal gemeinten Artikel über „Sputnik und wissenschaftliche Weltanschauung“ zu lesen. Da wird in aller Breite verkündet, daß die Sputniks durch ihr Kreisen um die Erde bewiesen hätten, daß es Gott nicht gäbe, „daß nirgends ein Zeichen von der Existenz eines Schöpfers der Materie gefunden wurde“. Das ist jener platte Materialismus, den das freie Europa vor allem in der Spitzengruppe seiner Wissenschaftler längst hinter sich gelassen hat. Das amtliche sowjetische Vorbild mag diese Haltung für Ulbricht und seine Genossen befehlen. Es erinnert an jenes klägliche Geständnis eines deutschen Wissenschaftlers aus dem vorigen Jahrhundert, der mitteilte, daß er Tausende von Leichen seziiert, aber keine Spur von Seele gefunden habe. Auf diese Art von Weltanschauung möchte man die Jugend in der Sowjetzone durch die Jugendweihre vereidigen. Da sind die Kirchen im Wege, und darum gilt dieses Kesseltreiben trotz aller Tarnung letztlich nicht nur den Kirchen oder einzelnen Kirchenführern, sondern allen Christen zwischen Elbe und Oder.

Rückantwort an das „ND“

DT. Gerade am Nikolaustag, an dem man Geschenke in die Schuhe geschoben bekommt, haben wir eine Gabe erhalten, die wir nicht erwarteten. Das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, hat uns leitartikelnd mit einer Antwort „beehrt“. Offenbar sind die Ideologen in Ostberlin außerordentlich durch unsere Frage im Leitartikel „Kesseltreiben“ vom 5. Dezember beunruhigt, ob die Kirchen sich im Bereich der sogenannten DDR auf einen massiven Kirchenkampf gefaßt machen müssen.

Wir wußten von diese Empfindlichkeit. Darum stellten wir diese Frage. Und darum überrascht uns diese Antwort nicht. Was sagt die SED? Selbstverständlich will sie keinen Kir-

chenkampf. Die Erfahrungen des ihr so verwandten totalen Staates unter Hitler schrecken. Damals wurde der Kirchenkampf des Diktators des Dritten Reiches verloren. Die Christen und ihr Herr Jesus Christus waren stärker. Darum möchte die SED diesen Kampf nicht. Darum werden Männer wie Bischof Dibelius und der Studentenfarrer Schmutzler aus Leipzig diffamiert, beschimpft und verurteilt. Darum werden diese Zeugen christlicher Überzeugung politisch abgestempelt. Darum werden auch in diesem Leitartikel des „Neuen Deutschland“ neben Dibelius der pommerische Bischof Krummacher und Bischof Mitzenheim verdächtigt, der sogenannten NATO-Politik

untertan zu sein. Das ist das Zauberwort, mit dem man alles an Verfolgung gegenüber den Christen der DDR zu decken versucht. Gemeint ist jener Militärseelsorgevertrag zwischen den evangelischen Kirchen und der Bundesrepublik. Seitdem ist für die SED die evangelische Kirche im Westen Deutschlands eine „Militärkirche“.

Warum? Weil die Kirche den Befehl Christi bei Matthäi am letzten „Gehet hin in alle Welt und lehret allen Völkern“ auch dort ernst nimmt, wo es viel bequemer wäre, ihn zu überhören. Weil die Kirchen beider christlichen Konfessionen der sehr begründeten Überzeugung sind, daß man gerade die Soldaten unserer Zeit nicht von der Seelsorge ausschließen darf. Wenn die Staatsführung der sogenannten DDR ihre Soldaten nicht einer christlichen Seelsorge teilhaftig werden lassen will, so beweist das nur, daß die Männer an der Spitze dieses „Staates“ die Verkündigung des Evangeliums fürchten und fürchten müssen. Denn im Bereich eines totalen Staates bedeutet die christliche Kirche allerdings einen Raum der Freiheit, der einem solchen Regime besonders unerträglich ist. Daß es Menschen gibt, die jede Handlung eines Funktionärs an der Wahrheit des lebendigen Gottes messen könnten — das muß diese Machtträger sehr beunruhigen.

Ob es Gott gibt, darüber ist mit Marxisten-Leninisten nicht zu diskutieren. Schon deshalb nicht, weil sie ihre „Sputniks“ als schlagende Gegenbeweise gegenüber dem allmächtigen Schöpfer ansehen. Vermutlich waren auch die Erbauer des Turms zu Babel von ähnlichen Gedankengängen überzeugt. Gott muß für gläubige Menschen nicht bewiesen werden.

Im übrigen wird es den SED-Machthabern schwerfallen, an den sehr klaren, sehr demütigen und darum sehr christlichen Verlautbarungen der Synode der Evangelischen Kirche der Union etwas aussetzen zu wollen. Darin wird dem Staat gegeben, was des Staates ist, aber auch gewarnt vor dem Hochmut des Menschen, der da meint, die vollendete Technik der „Sputniks“ bestätige die menschliche Allmacht.

Bischof Dibelius an den TAG

Pankows Behauptungen richtig gestellt

Berlin (Eigenmeldung). Im allgemeinen pflegt Bischof D. Dr. Dibelius auf Angriffe der Ostpresse nicht zu antworten. Jedoch haben ihn die Ausführungen im „Neuen Deutschland“ vom 6. 12., womit das Zentralorgan der SED auf unseren Leitartikel vom vergangenen Donnerstag zu antworten versuchte, nun doch in einem Schreiben an die Redaktion zu folgenden Feststellungen veranlaßt:

„Ich habe in Amerika weder mit dem Präsidenten Eisenhower noch mit irgendeinem anderen Politiker jemals auch nur ein Wort über die ‚Konzeption des Kampfes gegen die

neue politische Weltordnung in den sozialistischen Ländern‘ gewechselt. Ich habe niemals ein ‚Honorar‘ für mein ‚Auftreten‘ erhalten. Die Behauptung, daß ich in Amerika Dollars im Werte von 230 Millionen DM bekommen hätte, ist ein Produkt geradezu krankhafter Phantasie der Gegenseite. Mit einer Arbeit in der tschechoslowakischen Republik und in Volkspolen habe ich schlechterdings nichts zu tun, und der Kampf gegen die marxistische Ideologie, zu der ein evangelischer Bischof nun einmal verpflichtet ist, ist niemals ein Kampf ‚gegen die DDR‘ gewesen. Das mag genügen.“

Landessynode zu Schmutzler

„Er hat unter Gewissenskonflikt gelitten“

Berlin (epd). Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens hat in einer Entschließung auch zu dem Terrorurteil gegen den Leipziger Studentenpfarrer Dr. Schmutzler Stellung genommen und dabei betont, die Spannung, in der der Christ sich zwischen seinem Glauben und der atheistischen Weltanschauung befinde, fordere ein Leben in Geduld und Liebe. Es sei schmerzlich, daß Dr. Schmutzler nicht in allen Stücken diese Haltung eingenommen habe. Er habe jedoch unter dem Gewissenskonflikt schwer gelitten und immer wieder auf die Gehorsamspflicht gegenüber der Obrigkeit hingewiesen.

Studenten verurteilt

Warschau (AP). Ein Warschauer Bezirksgericht hat vier polnische Studenten und drei andere Angeklagte wegen angeblicher Teilnahme an den Protestdemonstrationen gegen das Verbot der Studentenzeitschrift „Po Prostu“ zu Gefängnisstrafen zwischen ein bis drei Jahren verurteilt. Sie wurden ferner für schuldig befunden, gegenüber der Polizei und der Arbeitermiliz Gewalt angewendet zu haben.

Alle Verurteilten erklärten sich nicht schuldig. Während der Verhandlung hatten sie bestritten, an den Protestdemon-

strationen überhaupt teilgenommen zu haben.

Katholikentag in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Der 78. Deutsche Katholikentag findet vom 13. bis 17. August 1958 wieder in Berlin statt. Am 5. Januar, am Tage vor dem Drei-Könige-Fest, wird traditionsgemäß der Bischof von Berlin, Dr. Julius Döpfner, in einer festlichen Veranstaltung in der Kongreßhalle den Leitsatz des Katholikentages verkünden.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwachet wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Schriftsteller und Parteifunktionäre

In Polen: Zäher Kampf um die relative Freiheit — Führende Autoren verließen KP

Ein Jahr nach dem polnischen Oktober-Umschwung haben einige der führenden Schriftsteller des Landes, die damals die Wende mit herbeiführen halfen, die kommunistische Partei verlassen. Das ist ein Symptom für die politische Entwicklung in Polen, die manche zu hochgespannten Hoffnungen jener Herbsttage des Jahres 1956 enttäuschen mußte. Auch Polen, immer noch das Land mit den größten Freiheiten im ganzen Ostblock, blieb nicht ganz von der Verschärfung des kulturpolitischen Kurses verschont, die überall im kommunistischen Machtbereich zu verzeichnen ist.

Gomulkas Zweifrontenkrieg

Gomulka führt heute in der eigenen Partei einen schwierigen Zweifrontenkrieg gegen die stalinistischen „Dogmatiker“ und gegen die „Revisionisten“, zu denen viele der „Oktoberleute“ und Intellektuellen gehören. Dabei scheinen ihm gegenwärtig die „Revisionisten“ gefährlicher für den Bestand der Partei zu sein. Es handelt sich dabei um eine kritische geistige Elite, die den Parteieich zur Zeit seines Machtantritts vorbehaltlos unterstützte, im Gegensatz zu ihm aber den Marxismus-Leninismus nicht für unantastbar hält, sondern eingedenk der Erfahrungen mit dem daraus erwachsenen Stalinismus neue zeitgemäße Formen zur Verwirklichung des Sozialismus sucht.

Bei der Entscheidung zu diesem Schritt dürfte auch ein Artikel keine unwesentliche Rolle gespielt haben, der in der am 10. November erstmalig erschienenen „Trybuna literacka“, einer als Gegengewicht zu den fast ausschließlich in liberalen Händen befindlichen Kulturzeitschriften neugeschaffenen literarischen Beilage des Parteiorgans „Trybuna ludu“, veröffentlicht wurde. Sein Autor war der auch in Mitteldeutschland durch sein Drama „Die Sonnenbrücke“ bekannte kommunistische Schriftsteller Leon Kruczkowski, der als Leiter einer Kommission für kulturelle Fragen beim ZK der pol-

nischen KP etwa dieselbe Stellung bekleidet wie in der Sowjetzone Alfred Kurella. Er wandte sich in dem Artikel gegen die seit geraumer Zeit im kulturellen Leben Polens aufgetretenen Erscheinungen, die eine völlige Abkehr vom sozialistischen Realismus bedeuteten, und kritisierte die starken westlichen Einflüsse mit dem Bemerkenswerten, der kulturelle Austausch sich bisher zu einseitig verlaufen.

Vor Erscheinen verboten

Zu den Differenzen mit der Parteiführung trat aber noch ein weiterer Anlaß. Eine für den 1. November angekündigte neue Zeitschrift für Literatur, Kunst und geistiges Leben mit dem programmatischen Titel „Europa“ wurde, wie berichtet, noch vor Erscheinen von den Zensurbehörden verboten. Die Schriftsteller, die sich von der Partei abwandten, sollten das Redaktionskollegium dieses Organs bilden. Es handelte sich dabei um den als Chefredakteur vorgesehenen Jerzy Andrzejewski und seine Kollegen Mieczyslaw Jastrun, Pawel Hertz und Juliusz Zulawski. Andrzejewski zählt zu den bedeutendsten Dichtern Polens, der erst kürzlich einen Roman veröffentlichte, in dem er in historischem Gewand ein Bild des jüngsten Schicksals seines Landes gibt. Eine dramatische Fassung wurde schon in Lodz aufgeführt, allerdings bald darauf wieder vom Spielplan abgesetzt. Auch als Drehbuchverfasser geriet der Autor bereits in Konflikt mit der Zensur: Sein letzter Film über das Problem der Halbwüchsigen in Polen verschwand zwei Tage nach der Premiere vom Kinoprogramm.

Abkehr vom Kommunismus

Kurz nach dem Parteiaustritt dieser Schriftsteller gab der bekannte Lyriker Adam Wazyk den gleichen Entschluß bekannt. Für ihn bedeutete das den Bruch mit einer jahrzehntealten kommunistischen Vergangenheit. Bereits in der Tauwetter-Periode zählte Wazyk allerdings zu den ersten und

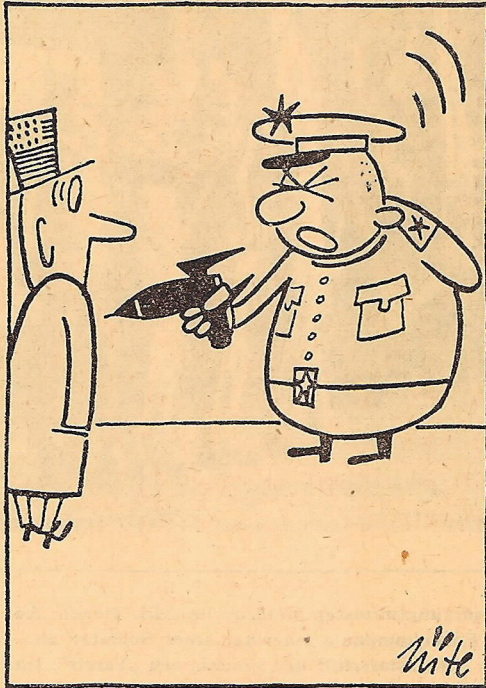
schärfsten Anklägern des Stalinismus, dessen Auswirkungen auf das polnische Leben er in zahlreichen Gedichten unbarmherzig geißelte.

Auch der bekannte Literaturhistoriker Jan Kott kehrte der Partei den Rücken. Er gehörte ebenfalls zu den Wegbereitern des polnischen Oktober, und seine scharfsinnige Analyse des stalinistischen Systems, die er zur Abrechnung mit dessen Verbrechen auf der rebellischen Sitzung des Kultur- und Kunstrates Ende März 1956 in Warschau gab, ermunterte darauf sogar einige junge Ostberliner Schriftsteller, unter Berufung darauf ähnliche Ansichten zu äußern. Kott trat in der Folgezeit wiederholt als scharfer Kritiker des sozialistischen Realismus hervor.

Diese in Polen allgemein verbreitete Ablehnung des von den orthodoxen Kommunisten zum allein gültigen künstlerischen Prinzip erhobenen Pseudostils stieß natürlich auf heftige sowjetische Kritik, und der Druck von dieser Seite dürfte zum guten Teil für den schärferen kulturpolitischen Kurs Gomulkas verantwortlich sein. Bei Begegnungen polnischer und sowjetischer Journalisten und Schriftsteller kam es schon wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen um künstlerische Fragen. Erst kürzlich griff die Moskauer „Komsomolskaja Prawda“ den parteilosen Vorsitzenden des polnischen Schriftstellerverbandes, Antoni Slonimski, heftig an wegen eines Interviews, das dieser einem japanischen Journalisten anlässlich des PEN-Kongresses in Tokio gegeben hatte. Die sowjetische Jugendzeitung behauptete, er habe dabei „einen ganzen Kübel Schmutz über die sowjetische Literatur und Kultur ausgegossen“.

Man darf gespannt sein, wie sich die durch den Austritt der polnischen Schriftsteller aus der Partei gekennzeichnete Situation weiter entwickelt. Der bald in Posen zusammentretende polnische Schriftstellerkongreß verspricht ein interessantes Ereignis zu werden.

Drohung mit dem Sputnik



Nun: „Hände hoch!“

SED-„Benimmse“

DT. Die Parteilinie der SED hat schon manchen Knick gemacht. Aber das war alles nichts — jetzt macht sie sogar Knigge. Karl Kleinschmidt heißt der Mann, der seinen Genossen an den Kragen geht, um einen Schlips daran zu befestigen. Aus rauhen, revolutionären Kehlen nun der feine Ton — wenn das Lenin wüßte!

„Keine Angst vor guten Sitten“, heißt das Buch, das Kleinschmidt schrieb, und es ist dies wohl nun die einzige Angst, die man in der Zone nicht zu haben braucht. Verschiedenes andere muß nach diesem holden Parteibefehl auch noch aufhören. Zum Beispiel die volkseigene Duzerei. Tatsächlich, da steht's: Das „Du“ soll „privatisiert“ werden. Privatisiert! Sogar der Sohn, so meint der Sittenagitor, soll „Sie“ zu seinem Vater sagen, wenn er dienstlich der Untergebene von Papa ist. Und wenn er — darf man wohl ergänzen — nicht gerade politisch über ihn zu klagen hat.

Ein wunderbares Buch. Man kann es auch anders lesen. Nämlich, als Manifestation von Ulbrichts These, daß es zwei selbständige deutsche Staaten gibt: Gutes Benehmen für den Gebrauch auf internationalem Parkett.

Gescheitert ...

Fortsetzung von Seite 2

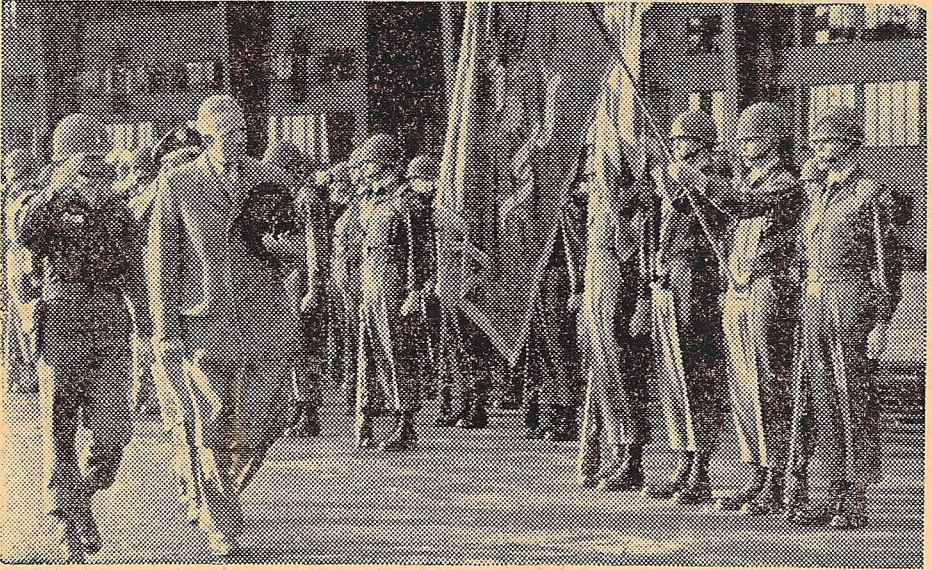
battier- und allenfalls Ausrüstungsklub der Militärs und der militärischen Techniker stempeln wollte. Mochte es vor kurzem noch so scheinen, als wollte man in Paris nur über Raketenbasen im europäischen Raum, über gemeinsame Flugzeuggeschwader und Armee-Reduzierungen sprechen, so ist inzwischen erkennbar, daß die Frage der Truppenstationierungen, ihrer Unterhaltsgelder und aller dieser Spezial-Auseinandersetzungen, die der Widerstreit von nationalen Interessen im internationalen Verband ergibt, im Hintergrunde stehen werden gegen die ungleich gewichtigere Frage, wie eine gemeinsame politische und wirtschaftliche Basis zu organisie-

ren, zu festigen und zur Aktion zu bringen sei.

*

Es hat freilich schon manche und bisher durchweg unbefriedigende Versuche gegeben, die fünfzehn Staaten der westlichen Gemeinschaft mit Amerika zu einem wirklich ihre nationalen Eigensüchtigkeiten überwindenden Gemeinschaftsprogramm zu verbinden. Weil das so ergebnislos war, und weil Frankreich etwa in Tunis und England auf anderem Feld sich von der atlantischen Gemeinschaft nicht gestützt oder gar verlassen fühlten, sind sogar in den letzten Wochen wieder andere, allerdings sehr rückwärts gewandte Lösungsversuche ventiliert worden, die zwischen einem „Klein-Europa“ und dem „Atlantischen Europa“

liegen. Sie dürften aber kaum Aussicht auf Verwirklichung haben, um so weniger, als nun wirklich das sowjetische Vordringen im wirtschaftlichen und geographischen Raum die Bedeutung der größeren europäisch-atlantischen Gemeinschaftsaktion jetzt immer gebieterrischer fordert. Daß militärische Zusammenschlüsse und militärische Gemeinschaftssicherung eine wichtige Sache sind, ist keine neue Erkenntnis mehr, Es ist inzwischen eine, wenn auch mit vielen Schwierigkeiten sich entwickelnde Praxis. Die wichtigere und für die Zukunft aber entscheidende Aufgabe ist, die politische und wirtschaftliche Verbindung in Freiheit zu betreiben. Wenn dies nicht wenigstens im Grundsatz auf der Pariser Konferenz gelingt, — erst dann wäre mit der explodierten Rakete mehr als ein wissenschaftliches Experiment gescheitert.



BILDER DER WOCHE. Oben: US-Verteidigungsminister McElroy besuchte Berlin. Auf dem Flughafen Tempelhof schritt er eine Ehrenkompanie amerikanischer Soldaten ab. — Unten: Die Viermastbark „Passat“, das Schwesterschiff der gesunkenen „Pamir“, traf auf ihrer Reise aus Buenos Aires wieder in Hamburg ein.

